

Staatsverantwortung und Selbstverantwortung

Die Frage nach den Grenzen der Wirksamkeit des Staates ist immer aktuell. Jede Zeit findet andere Antworten, weil wir immer neue Erfahrungen machen. Der Zusammenbruch des Ostblocks hat das Vertrauen in die Kräfte der freien Gesellschaft wieder sehr gestärkt und allen deutlich gemacht, wie lange der omnipotent auftretende Staat sein schleichendes Versagen verschleiern kann und wie plötzlich der Zusammenbruch dann kommt.

In der Gesundheitspolitik hat es der moderne Sozialstaat geschafft, für jeden Bürger, wirklich für jeden, eine menschlich vertretbare Mindestversorgung sicherzustellen. Ja, wir haben so gründlich alle finanziellen Barrieren zur Seite geräumt, dass der Sozialversicherte bedenkenloser Gesundheitsleistungen in Anspruch nimmt als der Millionär, der immer noch an seinen Geldbeutel denkt und daher auch die Frage stellt, ob finanzieller Aufwand und gesundheitlicher Ertrag in seiner eigenen Sicht in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Gewiss wird jeder Millionär bei gleichen gesundheitlichen Beschwerden in dieser Abwägung anders entscheiden – eben ganz persönlich ungleich. Aber er wird entscheiden und die finanziellen und gesundheitlichen Folgen tragen – so oder so.

Das staatliche Versprechen finanzieller Sorglosigkeit erweist sich zunehmend als unerfüllbar, weil die Sozialversicherten sich anders verhalten als Millionäre, die aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Die lästige Abwägung zwischen finanziellem Aufwand und gesundheitlichem Ertrag ist unvermeidlich. Wenn sie der Einzelne nicht trifft, dann trifft sie der Staat – mit Wirkung für ihn, aber unpersönlich gleich. An die Stelle der selbstverantworteten Abwägung tritt die fremdverantwortete.

Wir haben das rechte Maß verloren. Jeder kann doch selbst abwägen in dem Bereich, den er notfalls selbst finanzieren kann, ohne seinen Lebensstandard zu gefährden. Wir brauchen den staatlichen Versicherungszwang wirklich nur im Großschadensbereich, d. h. für den seltenen Fall, dass die Kosten im Jahr ein Monatsgehalt übersteigen. Damit wäre der Bereich der Selbstverantwortung der finanziellen Leistungsfähigkeit ebenso angepasst, wie es die Beiträge zur Sozialen Krankenversicherung schon lange sind.

Wer hätte vor wenigen Jahren geglaubt, dass viele Post- und Bahnbeamte sich auf die Privatisierung freuen? Auch der Gesundheitsstaat ist von gestern. Aber es wird nicht wieder werden, wie es früher einmal war.